



Antrag

der Fraktion der CDU

Auswirkungen von Basel II auf den Mittelstand

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage und der dramatisch ansteigenden Zahl von Insolvenzen in diesem Jahr wird sich eine Verschärfung der Kreditkonditionen in der Bundesrepublik Deutschland für die Kleinen und Mittleren Betriebe existenzvernichtend auswirken. Insbesondere die Berücksichtigung der Branchen beim Rating des Kunden werden dazu führen, dass ganze Branchen keine Kredite mehr erhalten werden. Im mittelständischen Einzelhandel z.B. beträgt die Eigenkapitalquote im Durchschnitt 3 Prozent. Nach Einschätzung des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels läuft ein Drittel der Einzelhändler Gefahr, in den kommenden drei Jahren insolvent zu werden.

Da die Wirtschaft in Schleswig-Holstein zu über 90% mittelständisch organisiert ist, entsteht eine gesamtwirtschaftliche Gefahr aus deren Kreditversorgung, wenn die Vorschriften von Basel II im Jahr 2005 in Kraft treten und auf die besondere Situation des deutschen Mittelstandes - schwache Eigenkapitalquote, langfristige Kreditabschlüsse - keine Rücksicht genommen wird. Unsere Sorge gilt weiter den Existenzgründern, denen aufgrund von fehlenden Sicherheiten und Eigenkapital das Leben besonders schwer gemacht werden wird.

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass
 - Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erst ab einer Größenordnung von mehr als 2 Mio. € den Anforderungen von Basel II entsprechen müssen;
 - mit langfristigen Krediten keine besonders erhöhte Eigenkapital-Hinterlegung verbunden wird;
 - bisher übliche Sicherheiten wie Grundstücke und Umlaufvermögen in bisherigem Umfang und in der bisherigen Laufzeit akzeptiert werden;
 - die Kreditinstitute gegenüber dem Kunden die Beurteilungsgrundsätze für ihr internes Rating offen legen müssen.

2. Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, zur Stabilisierung der mittelständischen Betriebe sich dafür einzusetzen, dass
 - die Bundesregierung durch die Absenkung von Steuern und Abgaben für die Betriebe eine erhöhte Bildung von Eigenkapital ermöglicht;
 - die Bundesregierung darüber hinaus durch spezielle steuerliche Maßnahmen den Eigenkapitalverbleib in den Betrieben besonders fördert;
 - die Bundesregierung ihre Banken Kreditanstalt für Wiederaufbau und Deutsche Ausgleichsbank stärker als bisher in die Lage versetzt, fehlende Kreditmöglichkeiten der KMU auszugleichen.

3. Die Landesregierung stärkt ihre Förderinstitute (Investitionsbank, Garantiekasse Schleswig-Holstein und Mittelständische Beteiligungsgesellschaft) so, dass sie mehr als bisher Finanzierungsmöglichkeiten für KMU zur Verfügung stellen können, die sie sonst am Kapitalmarkt nicht erhalten würden.

Brita Schmitz-Hübsch
und Fraktion

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock
und Fraktion